

Paul Jorion, Die Goldene Budgetregel, ein nicht Ernst zu nehmender Witz

Inhalte eines in der Pariser Tageszeitung Le Monde vom 10.1.2012 (Ökonomiebeilage S.3) erschienen Artikels. Autor: Paul Jorion, Ökonom und Anthropologe, für die Wochenchronik der Le Monde- Ökonomie-Beilage verantwortlich.

Originaltitel: „La règle d’or, cette blague de potache“

http://www.lemonde.fr/idees/article/2012/01/09/la-regle-d-or-cette-blague-de-potache_1627330_3232.html

Übertragen von Gerhard Kilper

Es ist nicht zu verstehen, dass den Eurozonen-Regierenden einige elementare wirtschaftliche Rechenlogik-Grundbegriffe wohl fremd sind und ihr fehlendes Wissen sie veranlassen konnte, demokratische Prinzipien zu schwächen und das Ende der gemeinsamen Währung zu beschleunigen.

Stein des Anstoßes ist der europäische Pakt für Stabilität und Wachstum, der jährliches Haushaltsdefizit und Staatsschulden in Prozentpunkten des Brutto-Inlandsprodukts (BIP) angibt und ihnen Grenzen auferlegt: maximal 3% des BIP für das Defizit, 60% des BIP für die akkumulierte Staatsschuld.

Doch das Pakt-Prinzip bzw. die aus ihm abgeleitete goldene Budgetregel hat einen Denkfehler.

Was ist eigentlich ein ausgeglichener Haushalt?

Ein Haushalt, in dem die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen.

Warum wird dann die Solidität eines staatlichen Budgets nicht genau mit diesen Begriffen angegeben? 102% Ausgaben im Vergleich zu den Steuereinnahmen ergeben ein Haushaltsdefizit von 2%. Oder bei Ausgaben in Höhe von 97% ergibt sich umgekehrt ein Überschuss von 3%. Warum aber die Ausgaben-Äpfel mit den Birnen des BIP vergleichen, statt die Ausgaben-Äpfel mit den Einnahmen-Äpfeln?

Kann das BIP einer Volkswirtschaft (als Ausdruck seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit) ein besseres Vergleichs-Substitut der (Steuer-)Einnahmen sein ... als diese Einnahmen selbst?

Vielleicht dann, wenn es für große Vermögen keinen Weg gibt, durch Steuerflucht oder durch fiskalische Optimierung Steuerzahlungen zu vermeiden und wenn sich Großunternehmen nicht unter Ausnutzung der sie begünstigenden Gesetzgebung der Besteuerung entziehen können.

Warum aber erfand man den absurden Trick, die Staatsausgaben mit dem BIP statt mit den Steuereinnahmen zu vergleichen?

Guy Abeille, ehemals hoher Beamter im Finanzministerium (unter Giscard d’Estaing und Mitterand und verantwortlich für die Einführung der 3%-Defizitformel), erklärte in der Wirtschaftszeitung La Tribune vom 1.10.2010, die 3%-Marke für Haushaltsdefizite in Bezug zum BIP mache ökonomisch keinen Sinn (sie sei eine französische Erfindung gewesen, ursprünglich eine Art Sparzwang für ausgabenfreudige sozialistische Minister).

Abeille wörtlich: „Der Rettungsring des Makroökonomien für alle möglichen Fälle, in denen er keine tauglichen Bezugsgrößen findet, ist das BIP ... Alles was als Größe schwergewichtig aussieht, kann mit Vernunft-Hinweis zum BIP in Bezug gesetzt werden. So entstand die In-Bezugsetzung von Haushaltsdefizit zum BIP.

Ein Spitzen-Detektiv würde sagen, einfach und gleichzeitig grundlegend. Mit der In-Bezugsetzung Defizit zu BIP hat man den Eindruck, etwas auf den ersten Blick gut einschätzen zu können.“

Zur Begründung der von ihm vorgeschlagenen 3%-Schwelle für das jährliche Haushaltsdefizit in Bezug auf das BIP schreibt Abeille weiter:

„3%, hört sich gut an, 1% würde einen eher mageren Eindruck machen, wäre jedenfalls nicht durchsetzbar gewesen. 2% hätte etwas farblos und künstlich gewirkt. Die Zahl 3 dagegen macht einen soliden Eindruck und hat auch berühmte (historische) Vorgänger ...“

Die goldene Budgetformel impliziert, dass sich das Verhältnis Staatsschuld zum BIP zwangsläufig dann verschlechtern muss, wenn die mittlere Zunahme der Schulden die Wachstumsrate des BIP übersteigt.

Nun aber wirkt die schlecht beratene Austeritätspolitik der Eurozonen-Regierenden an sich schon negativ auf das Wirtschaftswachstum, verstärkt also das Risiko einer Herabstufung des Schulden-Ratings der Eurozonen-Länder.

Die Austeritätspolitik produziert selbst den gefürchteten Schereneffekt, weil diese Politik (aus sich heraus) zu sinkenden Wachstumsraten führt und weil parallel zum Wachstumsfall die von den Finanzmärkten geforderten Zinssätze für emittierte staatliche Schuldtitel steigen.

Die goldene Budgetregel, gedacht als Garant für einen ausgeglichenen Haushalt - Deutschland hat sie in seiner Naivität (als Schuldenbremse) in sein Grundgesetz aufgenommen und will sie heute seinen europäischen Partner aufzwingen - ist (wissenschaftlich-ökonomisch gesehen) tatsächlich nur ein nicht Ernst zu nehmender Witz. Dennoch wird in ihrem Namen heute in Europa die Demokratie beschädigt und die gemeinsame Währung zu Grabe getragen.